Kulturstaatsministerin Grütters: Entscheidender Durchbruch für Museumsneubau am Kulturforum - Bundestag stellt 200 Mio. Euro bereit

Kulturstaatsministerin Grütters: Entscheidender Durchbruch für Museumsneubau am Kulturforum - Bundestag stellt 200 Mio. Euro bereit

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat 200 Mio. Euro für einen Neubau der Staatlichen Museen zu Berlin am Kulturforum bereitgestellt. Das Museumsgebäude soll auf einer Fläche von 14.000 qm Platz bieten für die großartige Sammlung der Nationalgalerie und für Sammlungen Privater wie Pietzsch, Marx und Marzona. Der Neubau soll auf einem Grundstück an der Potsdamer Straße vor der Matthäuskirche entstehen und voraussichtlich 2020 fertiggestellt sein.
Kulturstaatsministerin Monika Grütters erklärte: "Die Entscheidung ist der lang ersehnte Durchbruch nach vielen öffentlichen Diskussionen und schwierigen internen Verhandlungen. Ich danke den Haushältern des Deutschen Bundestages für dieses klare Bekenntnis zur Kultur in der Hauptstadt. Das ist ein Riesenerfolg für unsere Kulturgeschichte in Deutschland und unsere Museumslandschaft. Berlin, das für die Kunst des 20. Jahrhunderts eine so exemplarische Bedeutung hat, bekommt nun die notwendige Ausstellungsfläche, um die Sammlung der Nationalgalerie angemessen und in aller Breite präsentieren zu können. Mit dieser Weichenstellung können wir zudem die bedeutenden privaten Sammlungen Marx, Marzona und Pietzsch dauerhaft für die Öffentlichkeit sichern. Mit dem Neubau tragen wir zudem dazu bei, endlich eine überzeugende städtebauliche Lösung für das Kulturforum zu entwickeln. Ich gehe davon aus, dass auch Berlin seinen Beitrag leistet, das Grundstück für den Bau zur Verfügung stellt und rasch das nötige Baurecht schafft."
Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hatte in seiner im Sommer 2013 vorgelegten Variantenuntersuchung den Standort vor der Matthäuskirche geprüft und ermittelt, dass für den Neubau eines Ausstellungsgebäudes an dieser Stelle mit der geforderten Nutzfläche von 14.000 qm Investitionskosten von rund 179 Mio. Euro (Preisstand IV/2012) anfallen würden. Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung ergibt sich daraus ein zu etatisierendes Investitionsvolumen von 200 Mio. Euro.
Die Realisierung des Neubaus ist als ÖPP-Projekt geplant in der Erwartung, damit eine schnellere und kostengünstigere Realisierung zu erreichen. Von der ÖPP-Deutschland AG, die den Bund in Fragen öffentlichprivater Partnerschaften berät, ist dem Projekt bereits die ÖPP-Eignung bescheinigt worden. Es ist vorgesehen, im Zuge der ÖPP-Realisierung das EU-weite Vergabeverfahren im Jahr 2015 durchzuführen, so dass nach dessen Beendigung im Jahr 2016 der Zuschlag sowie der Baubeginn im Jahre 2017 erfolgen können. Nach einer voraussichtlichen Fertigstellung 2020 und der Übergabe an die Nationalgalerie könnte das Gebäude 2021 eröffnet werden.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 272-0
Telefax: 030 18 10 272-0
Mail: internetpost@bundesregierung.de
URL: http://www.bundesregierung.de/
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=581236" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".